

sommeruniversität
Dokumentation
Sommeruniversität
2016

gute gesellschaft –
soziale demokratie
#2017 plus

**FRIEDRICH
EBERT**

STIFTUNG



Inhalt

16. Sommeruniversität der FES	
»Ohne Angst und Träumereien – Integration und Zuwanderung gestalten«	3
Katarina Barley, SPD-Generalsekretärin	
»Wir erleben die Zeit der Sozialdemokratie«	4
Diskussionsergebnisse	
Sechs Workshops, sechs Thesen	6
Stephan Steinlein, Staatssekretär im Auswärtigen Amt	
»Europäische Flüchtlings- und Asylpolitik: Zwischen Grenzschutz und solidarischer Verteilung?«	8
Zum Weiterlesen	
Fünf Geschichten zum Thema Migration und Integration	12
Wolfgang Thierse, Bundestagspräsident a.D.	
»Pluralismus ist kein Idyll, sondern voller Konflikte«	14
Kristin Helberg, Frank Stauss, Simone Rafael und Wiebke Judith	
Im O-Ton	16
Jochen Dahm, Leiter der Akademie für Soziale Demokratie, und Thomas Hartmann, Projektleiter Sommeruniversität	
»Der Austausch war leidenschaftlich, aber stets konstruktiv«	20

»Ohne Angst und Träumereien – Integration und Zuwanderung gestalten«

Mit der 16. Sommeruniversität setzt die Friedrich-Ebert-Stiftung eine Reihe fort, die bereits im Jahr 2001 begonnen hat. Seither bringt die Sommeruniversität der Friedrich-Ebert-Stiftung junge, politisch und gewerkschaftlich engagierte Erwachsene sowie junge Wissenschaftler_innen ins Gespräch mit etablierten und prominenten Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Politik. Seit 2013 wird die Sommeruniversität durch die Politische Akademie/Akademie für Soziale Demokratie geplant und durchgeführt. Auch in diesem Jahr war die Sommeruniversität wieder eingebettet in das Projekt »Gute Gesellschaft – Soziale Demokratie 2017plus« der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Unter dem Titel »Ohne Angst und Träumereien – Integration und Zuwanderung gestalten« diskutierten vom 10. bis 15. Juli in Potsdam-Hermannswerder mehr als 100 junge Erwachsene mit etwa 50 Referent_innen aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft.

Nach den guten Erfahrungen von 2015 waren auch diesmal wieder rund 15 progressive, deutschsprachige Teilnehmende aus verschiedenen Weltregionen mit dabei. Dieser Austausch schärfte den Blick dafür, dass politische und soziale Ziele längst nicht mehr alleine im nationalen gedacht werden können.

Nach Angaben der Vereinten Nationen befinden sich circa 65 Millionen Menschen auf der Flucht. Die Marke von 60 Millionen Geflüchteten und Vertriebenen wurde erstmals überschritten. Auf die Weltbevölkerung umgerechnet, ist einer von 113 Menschen auf der Flucht, die meisten von ihnen in ihren Herkunftsländern – fast 41 Millionen. Diese Angaben führen uns das dramatische Ausmaß vor Augen: Pro Minute werden aktuell 24 Menschen vertrieben; 34.000 am Tag!

Zu den Migrationsursachen gehören neben Gewalt und bewaffneten Konflikten auch der Mangel an Perspektiven im Heimatland wegen zerbrechlicher Staatlichkeit, menschen-unwürdiger Lebens- und Arbeitsbedingungen und zunehmend auch der sich verschärfende Klimawandel.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung greift die Themen Flucht, Migration und Integration in ihrer Arbeit im In- und Ausland



in vielfältiger Weise auf. Diese Vielfalt spiegelte sich auch im Programm der Sommeruniversität wider.

Wie können wir Menschen, die vor Krieg, Hunger und Hoffnungslosigkeit zu uns geflüchtet sind, Schutz und eine bessere Lebensperspektive bieten? Welcher Kompass ergibt sich aus den Grundwerten der Sozialen Demokratie für die Gestaltung eines modernen Einwanderungslandes, aber auch für eine bessere und sicherere Welt? Wo gibt es praktischen, programmatischen und politischen Handlungsbedarf? Das waren einige der Fragen, die in spannenden Vorträgen, Podien, Workshops, einem Poetry Slam und einer Lesung in arabischer Sprache sowie einem Markt der Möglichkeiten, in dem die Teilnehmenden ihre Projekte in der Flüchtlings- und Integrationsarbeit vorstellen konnten, diskutiert wurden.

Gleichzeitig wurde die Frage verhandelt, ob wir gegenwärtig einen Wandel der politischen Kultur erleben. Denn ungeahnt tiefe gesellschaftliche Gräben haben sich in den letzten Monaten aufgetan. Neue politische Kräfte profitieren von einer Mischung aus Angst vor sozialem Abstieg und Ressentiments gegen Zufluchtssuchende. Aber nicht nur sie schüren diese politische Stimmung und stellen so unser demokratisches und pluralistisches Selbstverständnis in Frage.

Um zukunftsfähige Antworten zu finden, ist es wichtig, diese Fragen und Herausforderungen in einem offenen und kontroversen Dialog zu diskutieren. Genau dafür ist die Sommeruniversität der Friedrich-Ebert-Stiftung ein geeigneter Ort.

Besuch der SPD-Generalsekretärin Katarina Barley



Auf der 16. Sommeruniversität der FES skizzierte Katarina Barley, Generalsekretärin der SPD, die aktuelle Lage der deutschen Sozialdemokratie und wies darauf hin, dass die aktuellen Umfragewerte der SPD nicht mit der überwiegenden Zustimmung zu den Werten und Positionen der Sozialdemokratie in der Bevölkerung übereinstimmen. Im Gegenteil sei die Befürwortung sogar so groß, dass man gegenwärtig von einer Zeit der Sozialdemokratie sprechen könnte. Sie sei daher zuversichtlich, dass sich diese Zustimmung auch in politischen Erfolgen ausdrücken werde.

»Die Konservativen wollen nur das Erreichte bewahren; die Linkspartei steht an der Seitenlinie und weiß alles besser; die Liberalen wollen den Dingen einfach ihren freien Lauf lassen während die Grünen versuchen, den Menschen Ihren Lebensentwurf aufzuzwängen. Die Sozialdemokratie hingegen ist die politische Kraft, die Chancen und Möglichkeiten für alle Menschen eröffnen kann.«



Drei Fragen an Patrizia Albrecht (25)



Was muss vor Abfahrt ins Ausland unbedingt mit ins Reisegepäck?

Ich finde es wichtig, Fotos von der Familie und der Heimat einzupacken. Vor allem, wenn man für längere Zeit im Ausland unterwegs ist.

Was rätst du Neuankömmlingen im Ausland für den Anfang?

Ich rate jedem, sich bewusst in die Gemeinde zu integrieren, indem man sich etwa in örtlichen Sportvereinen engagiert. Dadurch findet man schnell Anschluss und fühlt sich nicht so allein gelassen.

Was war während deiner Zeit im Ausland die prägendste Erfahrung für dich?

Da gab's eigentlich ganz viele. Spontan denke ich an einen Schüleraustausch mit einer Gruppe aus Israel. Wir sind gemeinsam nach Jerusalem gefahren und haben vor Ort Yad Vashem (*Anm. d. Red.: zentrale Holocaust-Gedenkstätte in Jerusalem*) besucht. Darüber hinaus hat mich die Natur in Chile besonders fasziniert, vor allem die zahlreichen Vulkanlandschaften.

Das mache ich:

Bachelor Internationaler
Studiengang Politikmanagement

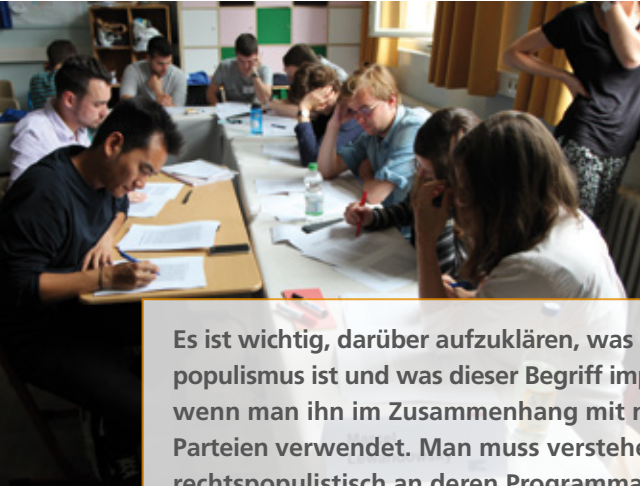
Von ... nach:

Von Ravensburg nach Bremen

Da will ich mal hin:

Brasilien, am liebsten nach
Rio de Janeiro

Sechs Workshops – Sechs Thesen:



Es ist wichtig, darüber aufzuklären, was Rechtspopulismus ist und was dieser Begriff impliziert, wenn man ihn im Zusammenhang mit neuen Parteien verwendet. Man muss verstehen, was rechtspopulistisch an deren Programmatik ist. In unserem Workshop haben wir das am Beispiel der AfD diskutiert.

→ Marcel Lewandowsky zu »Rechtspopulismus und Wandel der politischen Kultur«

Das Stichwort Vertrauenskrise sollte man mit Vorsicht genießen. Man kann feststellen, dass das Vertrauen in Medien seit 25 Jahren gleichbleibend gering ist. Ich möchte von dieser Hysterie der Vertrauenskrise runter kommen.

→ Saskia Sell zu »Vertrauenskrise? Medien und Öffentlichkeit im Wandel«

Wo ist die Grenze zwischen Religionskritik und Islamfeindlichkeit? Das wird unterschiedlich empfunden und birgt Konfliktpotenzial. Klar ist, dass pures Pauschalisieren keine legitime Kritik mehr ist.

→ Dietmar Molthagen zu »Islamistischer Extremismus und Islamfeindlichkeit«



Radikalisierungsprozesse im Islam sind ein religiöses Phänomen, aber nicht nur aus der Religion, sondern aus der Gesellschaft heraus zu erklären. Es geht um Jugendkulturen und die gesellschaftliche Polarisierung.

→ Götz Nordbruch zu »Radikaler Islam oder Jugendkultur?«

Der Hass im Netz wird bewusst gesteuert. Durch viele Hassakteure werden Mitläufer radikalisiert. Deswegen ist es wichtig, die Leute dazu zu animieren, dem Rassismus im Netz die Stirn zu bieten.

→ Simone Rafael zu »Hass und Verschwörung im Netz«



Wir haben uns mit den Grundwerten der Sozialdemokratie – Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – auseinandergesetzt und sie auf der nationalen, europäischen und globalen Ebene analysiert. Mich hat beeindruckt, dass sich alle einig waren, dass dieses Werteverständnis global gilt.

→ Christian Krell zu »Normative Grundlagen gesellschaftlicher Integration im Wandel«

World Café – Ergebnisse einzelner Workshops



»Europäische Flüchtlings- und Asylpolitik: Zwischen Grenzschutz und solidarischer Verteilung?«

Rede von Staatssekretär Stephan Steinlein zum Auftakt der Podiumsdiskussion mit Gesine Schwan, Kevin Kühnert und Wiebke Judith.

Stephan Steinlein: Letztes Jahr hat Olaf Scholz bei seiner Auftaktrede zur Eröffnung der Sommeruniversität der Friedrich-Ebert-Stiftung die Solidarität bei der Aufnahme von Flüchtlingen als »make or break« für Europa bezeichnet.

Das war im Juli 2015 und damit noch zu Beginn der Flüchtlingskrise: Im ersten Halbjahr 2015 kamen ca. 226.000 Menschen zu uns nach Deutschland. Allein im Monat August 2015 stieg dann die Zahl auf 104.000, im November auf 206.000 Menschen. Ganz Europa verzeichnete im Jahr 2015 fast 1,8 Mio Grenzübertritte. Das überstieg alle Erwartungen bei weitem. Und es bedeutete eine Herkulesaufgabe für Gesellschaft und Politik!

Das Wichtigste war am Anfang, den Menschen zu helfen und sie willkommen zu heißen. Große Teile der deutschen Gesellschaft zogen mit. Aber schnell wurde auch klar: Migration ist ein Thema, das polarisiert, das Emotionen weckt; nicht nur in Deutschland.

»Das Wichtigste war am Anfang, den Menschen zu helfen und sie willkommen zu heißen. Große Teile der deutschen Gesellschaft zogen mit. Aber schnell wurde auch klar: Migration ist ein Thema, das polarisiert, das Emotionen weckt; nicht nur in Deutschland.«

Zwei Punkte sind mir heute wichtig:

Erstens, die Migrations- und Flüchtlingsbewegungen sind für Europa die größte Herausforderung seit dem Ende des Kalten Krieges. Vieles haben wir seit dem Sommer 2015 in die Wege geleitet, um den Menschen zu helfen. Aber die zu oft feindliche Reaktion in unseren demokratischen Gesellschaften zeugt von Polarisierung und Angst.

Ein Blick in etablierte Demokratien in unserer Nachbarschaft genügt: Zum Beispiel in die Niederlande. Wilders »Partei für die Freiheit« erreicht konstant hohe Umfragewerte. Genauso symbolisch steht die Lega Nord für Rechtspopulismus in Italien, wie die FPÖ in Österreich. In Frankreich hat der Front National im vergangenen Dezember die erste Runde der Kommunalwahlen dominiert. Erst der Rückzug sozialdemokratischer Kandidat_innen zugunsten der UMP





konnte den FN aufhalten. Und nicht zuletzt zeugt der Aufstieg der AfD von Unmut in Teilen der deutschen Bevölkerung.

Die Migration stellt unsere offenen Gesellschaften auf die Probe. Wie wir mit dieser Herausforderung umgehen – das wird eine der wesentlichen Richtungsentscheidungen für das Europa der nächsten Jahrzehnte sein.

Zweitens, wir stehen bei Flucht und Migration nicht am Ende, sondern am Anfang der Entwicklung. Migration ist kein Phänomen, das verschwinden wird. Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung geht davon aus, dass sich die Zahl der Menschen in Subsahara-Afrika bis zum Jahr 2050 verdoppelt haben dürfte. Bis Ende des Jahrhunderts könnte sie sich vervierfachen. Wie viele Menschen werden dann in der Region bleiben können? Wie viele werden sich den 12,4 Millionen Menschen anschließen, die nach Angaben von UNHCR allein im vergangenen Jahr vor Krieg und politischer Verfolgung geflohen sind?

Das Thema Migration wird uns in den kommenden Jahren begleiten. Also müssen wir einerseits an nachhaltigen

Lösungen, und andererseits an höherer Akzeptanz in unseren Gesellschaften arbeiten.

Zu den nachhaltigen Lösungen gehören die europäischen Projekte Grenzschutz und solidarische Verteilung. Oft wird, auch in Deutschland, auf Brüssel geschimpft. In der Flüchtlingskrise haben die EU-Institutionen gute Vorschläge gemacht. Kommission, Rat und Parlament haben bereits wesentliche Elemente für eine Lösung der Krise auf den Tisch gelegt. Die Probleme liegen woanders, bei den Mitgliedstaaten.

Vor allem für einen europäischen Grenzschutz gibt es einen Vorschlag, der gute Chancen hat zu funktionieren. Das ist auch die Voraussetzung für den Erhalt des Schengen-Systems. Schengen ist eine der Errungenschaften, die es zu bewahren gilt.

Im April haben wir das EU-Türkei Abkommen – bei großer öffentlicher Kritik – geschlossen. Ich verstehe, welche Sorgen die Kritiker_innen umtreiben. Allerdings stellt sich für mich die Frage: Was wäre denn die bessere Alternative gewesen? Hätten wir, und hier komme ich wieder auf das Thema Solidarität zurück, Griechenland und auch die Türkei allein lassen sollen? Nein, natürlich nicht, wir mussten die beiden komplizierten Partner zusammenbringen. Das ist uns ganz gut gelungen.

»Wir stehen bei Flucht und Migration nicht am Ende, sondern am Anfang der Entwicklung. Migration ist kein Phänomen, das verschwinden wird.«

Mit Blick auf die solidarische Verteilung bin ich leider weniger optimistisch. Im September haben wir im Rat die Mehrheitsentscheidung getroffen, 120.000 Menschen umzuverteilen. Wir haben dabei einige osteuropäische Staaten überstimmt. Diese Entscheidung hat antagonisiert und die Kluft in Europa verschärft. Vielleicht haben wir einige Staaten, Gesellschaften und Menschen überfordert mit dieser Entscheidung. Das hat uns in schwieriges Fahrwasser gebracht – und die Umsetzung dieser Entscheidung bleibt kompliziert, auch wenn die Entscheidung richtig bleibt.

In den nächsten Jahren muss es uns im Sinne einer nachhaltigen Lösung deshalb um zweierlei gehen: Zum einen, die Offenheit unserer Gesellschaft zu bewahren. Wir dürfen die zivilisatorische Errungenschaft unseres Asylrechts nicht in Frage stellen. Gleichzeitig müssen wir auch die notwendigen Strukturen schaffen, damit wir mit Zu- und Einwanderung besser umgehen können.

Das haben wir auch in einem deutsch-französischen Beitrag zum Ausdruck gebracht, den die beiden Außenminister Frank-Walter Steinmeier und Jean-Marc Ayrault in Reaktion auf das BREXIT-Votum veröffentlicht haben: Es geht uns darum, eine wirklich integrierte, europäische Asyl-, Flüchtlings- und Einwanderungspolitik zu begründen. Wir brauchen gemeinsame, harmonisierte Standards, einen multinationalen Grenz- und Küstenschutz. Wir müssen

»Es geht uns darum, eine wirklich integrierte, europäische Asyl-, Flüchtlings- und Einwanderungspolitik zu begründen.«

Dublin »wetterfest« machen mit einem dauerhaften und bindenden Mechanismus zur Lastenteilung – wenn nötig auch zuerst nur mit einigen Staaten. Und wir sollten ein europäisches Einwanderungsrecht für Wirtschaftsmigration prüfen, das legale Einwanderung ermöglicht.

Daher ist mein Petition in erster Linie Geduld. Wie lange haben wir in Deutschland gebraucht, bis wir uns als Einwanderungsgesellschaft verstanden haben? Auch bei uns, mehr als 60 Jahre nachdem der erste »Gastarbeiter« nach Deutschland kam, gibt es weiter massive Ablehnung.

Solidarität bedeutet daher für mich auch: Wir müssen uns und anderen die Zeit geben, den richtigen Umgang zu lernen. Nur so können wir zu europäischem Zusammenhalt zurückfinden und noch darüber hinausgehen. Denn das Thema betrifft uns nicht nur in Europa, es ist eine globale Frage.

Politik muss dabei Verantwortung übernehmen und für einen offenen, toleranten und rücksichtsvollen Umgang, statt Ängste zu schüren. Nur dann können wir Integration und Zuwanderung – und mithin Zukunft – gestalten.



Drei Fragen an Konstantina Zöhrer (33)



Was muss vor der Abfahrt ins Ausland unbedingt mit ins Reisegepäck?

Ich würde eigentlich nur eine warme Jacke einpacken.

Was rätst du Neuankömmlingen im Ausland für den Anfang?

Ich rate generell dazu, Augen, Ohren und Sinne offen zu halten sowie ein gewisses Maß an Vorsicht wahren zu lassen.

Was war während deiner Zeit im Ausland die prägendste Erfahrung für dich?

Bürokratie. Ich bin früher von Wien nach Athen gezogen, leider jedoch nur mit unzureichenden Kenntnissen des Griechischen. Mir wurde irgendwann der Papierkram einfach zu viel. Ich empfand das als sehr herausfordernd, da ich alles alleine bewältigen musste. Mittlerweile habe ich mich jedoch sehr gut eingelebt.

Das mache ich:

Master Südosteuropäische Studien

Von ... nach:

Von Wien (Österreich) nach
Athen (Griechenland)

Da will ich mal hin:

Momentan gefällt mir das Pendeln
zwischen Wien und Athen sehr gut.

Fünf Geschichten zum Thema Integration und Migration

Deutschland, (K)ein Einwanderungsland?!

Im Jahr 2014 lebten in Deutschland 16,4 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund – das sind 20 Prozent der Gesamtbevölkerung. Die Einwanderung nach Deutschland ist jedoch im Vergleich zu Ländern wie Kanada nur unzureichend und kompliziert geregelt. Ist Deutschland (k)ein Einwanderungsland?

Weiterlesen auf:

<http://www.sagwas.net/2016/07/deutschland-kein-einwanderungsland/>



Über Flüchtende berichten – aber wie?

Der Pressekodex definiert ethische Maßstäbe für journalistisches Arbeiten. In der Flüchtlingsdebatte häuften sich Beschwerden beim Presserat wegen unsachlicher Berichte. Über die Frage, ob und wann berichtet werden muss, wurde nach der Kölner Silvesternacht heftig gestritten.

Weiterlesen auf:

<http://www.sagwas.net/2016/07/ueber-fluechtende-berichten-aber-wie/>



(K)ein Ende der Volksparteien?

Seit den 1980er-Jahren schwinden die Mitglieder- und Wähler_innenzahlen der großen deutschen Volksparteien zugunsten kleinerer Alternativen. Wenn die Letztgenannten den äußersten rechten Rand berühren, droht dies zu einer Krise des demokratischen Systems zu eskalieren. Oder nicht?



Weiterlesen auf:

[http://www.sagwas.net/2016/07/kein-ende-der-volksparteien/großen deutschen Volksparteien/](http://www.sagwas.net/2016/07/kein-ende-der-volksparteien/großen-deutschen-Volksparteien/)

Landflucht verboten?

Demographisch, kulturell und ökonomisch stellt Migration einen wichtigen Teil städtischer Entwicklung dar. Daraus resultierende Konflikte ließen sich in ländlichen Räumen bisher weniger beobachten. Das könnte sich nun mit dem neuen Integrationsgesetz ändern.



Weiterlesen auf:

<http://www.sagwas.net/2016/07/landflucht-verboten/>

Gemeinsame Werte statt Kulturrelativismus

Welche Vision hat die Sozialdemokratie in der Flüchtlings- und Integrationsfrage nach der Verabschiedung des Integrationsgesetzes und dem Vorschlag eines Einwanderungsgesetzes? Darauf wird eine Antwort benötigt und keine Kaffeesatzleserei.



Weiterlesen auf:

<http://www.sagwas.net/2016/07/gemeinsame-werte-statt-kulturrelativismus/>

»Pluralismus ist kein Idyll, sondern voller Konflikte«



Der ehemalige Bundestagspräsident Wolfgang Thierse spricht im Interview über Integration und den Begriff des »christlichen Abendlandes«

Was bedeutet für Sie eine gelungene Integration?

Thierse: Integration ist für mich, wenn Menschen friedlich Vielfalt leben können, ihre Herkunft nicht verstecken, aber sich auf möglichst viele Gemeinsamkeiten eingelassen haben. Das beinhaltet die Anerkennung von Recht und Gesetz, dass die Grundregeln des Zusammenlebens von allen akzeptiert sind und möglichst viele kulturelle Gemeinsamkeiten gelungen sind. Nur so kann friedliches Zusammenleben von Verschiedenen funktionieren.

Spielt Religion da eine besondere Rolle?

Thierse: Religion spielt ohne Zweifel eine Rolle, weil Religion zu den prägenden Momenten menschlicher Individualität und Kollektivität gehört. Insofern ist Religion ein Teil des Problems bei Integrationsprozessen. Sie muss auch Teil der Lösung sein. Da geht es darum, was Religionen ihrerseits beitragen können zu Toleranz, Akzeptanz der anderen, zu einer Kultur wechselseitiger Anerkennung.

In der SPD scheut man sich teilweise davor, religionskritisch gegenüber dem Islam zu sein. Wie sehen Sie das?

Thierse: Das stimmt nicht. Es gibt genug Sozialdemokraten, die religionskritisch sind. Die allabendlichen Fernsehnachrichten über Gewalt unter Berufung auf den Islam, IS und andere entsetzlichen Phänomene bewirken eine islamskeptische, islamkritische Haltung. Es ist anstrengend, zu unterscheiden, dass es nicht den Islam ohne Unterschiede gibt. Das muss auch Gegenstand einer Debatte in dieser Gesellschaft sein, die Anstrengung zu unterscheiden zwischen einem Islam, der freiheitsfeindlich ist und einem Islam, der bereit ist zu Toleranz, Demokratie und Pluralismus.

AfD, Pegida und ähnliche Strömungen beanspruchen den Begriff »christliches Abendland« für sich. Warum ist es Ihnen wichtig, dass dieser Begriff nicht missbraucht wird?

Thierse: Man muss nur dafür Sorge tragen, dass der Begriff »christliches Abendland« nicht zu einem Begriff der Intoleranz und Menschenfeindlichkeit wird. Er ist ja aus der Mode geraten, aber wenn Pegida sich auf das Abendland beruft, also Menschen, von denen wir wissen, dass sie in ihrer Mehrheit mit dem Christentum nichts am Hut

»Man muss nur dafür Sorge tragen, dass der Begriff ›christliches Abendland‹ nicht zu einem Begriff der Intoleranz und Menschenfeindlichkeit wird.«

haben, weiß man, das ist eine schiefe Schlachtordnung, das ist ein Kampfbegriff, der mit dem wirklichen Christentum und seiner Prägekraft in Europa nichts zu tun hat.

Was bedeutet das konkret?

Thierse: Das ist ein Kampfbegriff zur Abwehr von Veränderung, des Islams, der Globalisierung etc. Auf solche Unterscheidungen müssen Sozialdemokraten achten. In der öffentlichen Diskussion müssen wir dazu beitragen, dass die Ängste, die Unsicherheiten, die Ressentiments sie nicht dazu führen, dass sie zur Begründung von Gewalt und populistisch-fundamentalistischen Einstellungen werden und damit konfliktverschärfend wirken. Pluralismus ist kein Idyll sondern voller Konflikte. Denn man muss Meinungs-, Kultur- und Sozialunterschiede ertragen, mit ihnen friedlich umgehen und sie natürlich auch zu verändern versuchen. Das muss so geschehen, dass die Gesellschaft nicht gesprengt wird, Gewalt zunimmt, autoritäre, demokratiefeindliche Tendenzen immer wieder neue Nahrung bekommen.

Sie haben kürzlich in einem Interview in der Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte gesagt, dass es der Gesellschaft an Werten und Orientierung mangle. Kann die Flüchtlingskrise eine Chance für mehr Gemeinsinn mit sich bringen?

Thierse: Der Zustrom von Fremden, die eine andere kulturelle und religiöse Prägung haben, die eine andere Geschichte hinter sich haben, stellt ja auch das Selbstverständliche unseres Zusammenlebens infrage. Das erzeugt Verunsicherung und bei identitätsschwachen Menschen regelrechte Ängste. Wir müssen ein Interesse haben, dass das Fundament unserer Gemeinschaft gestärkt wird, gerade angesichts vermehrter Pluralität. Mich interessiert die Frage, wie viel und welche Art von Gemeinsamkeit brauchen wir, damit wir möglichst viel Vielfalt nicht nur ertragen, sondern auch aktiv und friedlich leben können. Da muss man mit der gemeinsamen Sprache anfangen und auch über Werte reden. Was verstehen wir unter Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität? Was meinen wir, wenn wir von guter Gesellschaft, gutem und sinnvollem Leben reden? Da wird es in einer pluralistischen Gesellschaft nie totale Übereinstimmung geben, aber es muss Überschneidungen geben.

»In der öffentlichen Diskussion müssen wir dazu beitragen, dass die Ängste, die Unsicherheiten, die Ressentiments sie nicht dazu führen, dass sie zur Begründung von Gewalt und populistisch-fundamentalistischen Einstellungen werden und damit konfliktverschärfend wirken.«



Im O-Ton:

Kristin Helberg studierte Journalistik und Politikwissenschaft in Hamburg und Barcelona. Lange Zeit war sie die einzige offiziell akkreditierte westliche Journalistin in Syrien. Heute arbeitet sie als freie Journalistin und Nahostexpertin in Berlin.



Kristin Helberg: »Wir haben Unmengen von Informationen aus Syrien, die man breit wahrnehmen, filtern und abgleichen muss. Wir haben vertrauenswürdige syrische Journalist_innen vor Ort. Es gibt viele westliche Korrespondent_innen, die sich in die Region wagen und wir haben die Berichte der NGOs vor Ort. Das Geheimnis liegt darin, im Grunde den ganzen Tag nichts anderes als Syrien zu machen, ständig vernetzt zu sein und dicht dran zu bleiben, mit einem Gespür für das Land.«

Frank Stauss verhalf Politiker_innen wie Klaus Wowereit, Olaf Scholz und zuletzt Malu Dreyer ins Amt. Er ist Mitinhaber der Kommunikationsagentur BUTTER. Sein Blog zählt zu den einflussreichsten im politischen Berlin.



Frank Stauss: »Wahlkampf ist ein Kick. Es ist das Auf und Ab, es ist das Unbedingte, es ist das, wo alles auf einen Tag zusteuert und man am Ende klare Sieger oder Verlierer hat. Ich bin ein großer Freund von Demokratie. Ich finde das einen Hammer, dass bei einer Bundestagswahl 45 Millionen Deutsche morgens aufstehen, ins Wahllokal gehen und ihr Kreuz machen. Das finde ich großartig. Für mich ist das nicht selbstverständlich, sondern ein Geschenk, dass wir in einer Demokratie leben dürfen. Wahlkampf ist ein fester Bestandteil einer demokratischen Kultur.«

Im O-Ton:



Simone Rafael: »Im Internet ist die Tendenz groß, dass sich diejenigen, die rassistische oder antidemokratische Parolen schwingen, bestätigt fühlen, wenn man nichts tut und sie ignoriert. Wenn man aber anfängt etwas zu tun – bei Facebook melden oder bei der Polizei anzeigen – wird man feststellen, viele Inhalte sind nicht strafrechtlich relevant und man bekommt sie so nicht entfernt. Es führt nichts drum herum, diesen Diskurs zu führen. Oft stellt man fest, dass diese Leute kein so gefestigtes Weltbild haben, sondern durchaus noch offen sind, argumentativ eine andere Seite zu sehen.«

Simone Rafael arbeitet für die Amadeu Antonio Stiftung und ist Chefredakteurin von Netz-gegen-Nazis.de. Gegen Rechts-extremismus im Internet entwickelte sie das Projekt »no-nazi-net – Für soziale Netzwerke ohne Nazis«, das für mehr Demokratie in sozialen Netzwerken arbeitet und wirksame Strategien gegen Hate Speech entwickelt.



Wiebke Judith: »Die sicheren Herkunftsstaaten sind ein Konzept, das Amnesty grundsätzlich ablehnt, weil wir es für nicht vereinbar mit dem individuellen Recht Asyl zu suchen halten und die Menschenrechtssituation in Tunesien, Algerien und Marokko solch eine Einschätzung nach den Kriterien des Bundesverfassungsgerichts nicht hergibt.«

Wiebke Judith ist Referentin für Asylrecht und Asylpolitik von Amnesty International Deutschland.

Drei Fragen an Michael Wassiliwizky (25)



Das mache ich:

Master Psychologie

Von ... nach:

Von Mariupol (Ukraine) nach
Würzburg

Da will ich mal hin:

Köln

Was muss vor der Abfahrt ins Ausland unbedingt mit ins Reisegepäck?

Was ich auf jeden Fall mitnehmen würde, sind ausreichend Insektenschutzmittel, weil ich einfach unglaublich beliebt bin bei Mücken und anderen Insekten. Normalerweise auch noch lange Socken, denn auch wenn das nicht immer stylish aussieht, hilft es mir oft, am Ende nicht gestochen zu werden (lacht).

Was rätst du Neuankömmlingen im Ausland für den Anfang?

Sie können auf jeden Fall damit rechnen, dass die Leute hierzulande offen und freundlich eingestellt sind und neue Leute herzlich willkommen heißen. Wichtig ist es dabei, weder Scheu noch Angst zu haben, ihre Kultur ausleben zu können, weil es auch sehr viele Interessierte gibt, die auch Spaß daran haben, sich untereinander auszutauschen.

Was war während deiner Zeit im Ausland die

Ich kann das ehrlich gesagt nicht an einer einzelnen Erfahrung festmachen. Während meines Auslandsjahres in den USA habe ich gemerkt, was es heißt, sogar in einem Land, in dem es scheinbar ähnlich abläuft wie zu Hause, wirklich anzukommen und sich in einem neuen Umfeld zu integrieren. Es hilft dabei ungemein, sowohl mit Leuten aus dem eigenen Kulturkreis als auch mit denen vor Ort in Kontakt zu bleiben.

Stimmen der Teilnehmer_innen



»Es waren die moralischen Dilemmata, in denen wir uns bei der Asyl- und Migrationspolitik immer bewegen, die mich zum Nachdenken brachten. Ebenso die Frage, wo unsere Rolle oder das persönliche Engagement den richtigen Platz finden.«

→ Alisa Trojansky (23) aus Konstanz

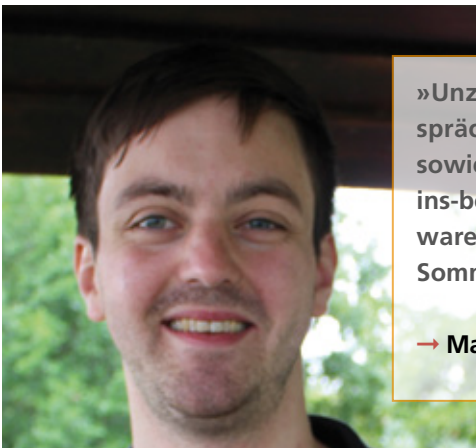
»Die Lesung mit der syrischen Schriftstellerin Rasha Abbas hat mir imponiert. Denn in ihrem kritisch, aber dennoch lustig geschriebenen Buch beschreibt sie dieselben Herausforderungen, die ich während meines ersten Jahres in Deutschland bewältigen musste.«

→ Hussien Khedr (29) aus Kairo



»Unzählige gute und spannende Gespräche mit den anderen Teilnehmenden sowie die Sessions zu den Fluchtursachen ins-besondere in Bezug auf Südosteuropa waren für mich die Höhepunkte dieser Sommeruni.«

→ Mattia Nelles (27) aus Berlin



»Katarina Barleys Auftritt fand ich super, weil ich sie als sehr authentisch und geerdet empfinde. Klasse Frau, klasse Job, weiter so!«

→ Erika Witt (29) aus Braunschweig



»Der Austausch war leidenschaftlich, aber stets konstruktiv.«

Interview mit Jochen Dahm und Thomas Hartmann

Der Titel der diesjährigen Sommeruniversität lautete »Ohne Angst und Träume: Integration und Zuwanderung gestalten«. Was nehmt ihr inhaltlich mit?

Dahm und Hartmann: Der Titel ist angelehnt an die berühmte Rede von Johannes Rau, die er 2000 als Bundespräsident im Haus der Kulturen der Welt in Berlin gehalten hat. Sein Wunsch, ohne Angst und Träumereien zu diskutieren, ist in diesen Tagen aktueller denn je. Wir müssen eine gemeinsame Debatte führen, wie eine umfassende und gerechte Integrationspolitik in Deutschland aussehen kann. Kurt Beck hat als Vorsitzender der FES bei der Eröffnung der Sommeruni schon darauf hingewiesen: Eine zeitgemäße Integrationspolitik der Sozialen Demokratie muss auf ihren Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität aufbauen.

Wieso ist die Sommeruniversität der richtige Ort, um dieses Thema zu diskutieren?

Dahm und Hartmann: Die Sommeruniversität bringt junge, engagierte Menschen aus unterschiedlichsten Bereichen der Gesellschaft zusammen und ins Gespräch mit Spitzen aus Politik und Wissenschaft. Die Friedrich-Ebert-Stiftung arbeitet zum Thema Flucht und Migration in verschiedenen Feldern. Vom Kampf gegen Fluchtursachen in den Auslandsbüros über normative Fragen – das ist das Kerngeschäft der Akademie für Soziale Demokratie – bis hin zu praktischen Themen wie dem Umgang mit Hate Speech. Daher ist die Sommeruni der FES inhaltlich und didaktisch mit ihrer Vielzahl an Formaten – Vorträgen, Podien und Workshops, aber auch Poetry Slam und Lesung der richtige Ort. Wir haben mit wachsenden Ressentiments in Teilen der Bevölkerung umzugehen, die sich gegen Zugewanderte, aber auch gegen die repräsentative Demokratie, Parteien und Medien richten. Dafür müssen wir Antworten finden.

Was hat euch am meisten an der Veranstaltung beeindruckt?

Dahm und Hartmann: Das Engagement aller Mitwirkenden, der Teilnehmer_innen, aber auch der Referent_in-



nen. Die Diskussionen wurden oft noch lange in den Pausen fortgesetzt. Der Austausch war leidenschaftlich, aber stets konstruktiv. Besonderer Dank an dieser Stelle auch an alle Referent_innen, die sich die Zeit genommen und ganz offen diskutiert haben.

Gibt es etwas, das ihr in Zukunft anders handhaben wollt?

Dahm und Hartmann: Wir werden auch für 2017 wieder versuchen, die passende Mischung aus Vorträgen, Podien, Workshops und neuen Formaten zu finden und sind dankbar für die Ideen und Anregungen, die wir bekommen haben. Die Sommeruni lebt von der Energie der Teilnehmenden, der Expertise der Referent_innen und dem offenen und konstruktiven Austausch aller miteinander.

Jochen Dahm ist Leiter der Akademie für Soziale Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Thomas Hartmann koordiniert als Referent in der Akademie für Soziale Demokratie die Sommeruniversität der Friedrich-Ebert-Stiftung.



Herausgeber:

Friedrich-Ebert-Stiftung
Politische Akademie
Akademie für Soziale Demokratie
Godesberger Allee 149
53175 Bonn
Telefon: 0228 883 7104
Fax: 0228 883 9223

Redaktion:

Thomas Hartmann
Jonas Jordan

Fotos:

Steffen Haake
Leo Fenster

Umschlag:

Béla Stetzer Büro für Kommunikationsdesign

Inhalt:

Pellens Kommunikationsdesign GmbH

Druck:

Brandt GmbH – Druck und Medien, Bonn

© Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Texte dieser Veröffentlichung basieren auf dem Mitschnitt der Veranstaltung, können aber nicht als Namensbeiträge zitiert werden. Geäußerte Meinungen müssen nicht in allen Teilen der Meinung der Friedrich-Ebert-Stiftung entsprechen.

Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung, durch die FES nicht gestattet.



Was macht eine Gute Gesellschaft aus? Wir verstehen darunter soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit, eine innovative und erfolgreiche Wirtschaft und eine Demokratie, an der die Bürgerinnen und Bürger aktiv mitwirken. Diese Gesellschaft wird getragen von den Grundwerten der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Wir brauchen neue Ideen und Konzepte, um die Gute Gesellschaft nicht zur Utopie werden zu lassen. Deswegen entwickelt die Friedrich-Ebert-Stiftung konkrete Handlungsempfehlungen für die Politik der kommenden Jahre. Folgende Themenbereiche stehen dabei im Mittelpunkt:

- Debatte um Grundwerte:
Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität;
- Demokratie und demokratische Teilhabe;
- Neues Wachstum und gestaltende
Wirtschafts- und Finanzpolitik;
- Gute Arbeit und sozialer Fortschritt.

Eine Gute Gesellschaft entsteht nicht von selbst, sie muss kontinuierlich unter Mitwirkung von uns allen gestaltet werden. Für dieses Projekt nutzt die Friedrich-Ebert-Stiftung ihr weltweites Netzwerk, um die deutsche, europäische und internationale Perspektive miteinander zu verbinden. In zahlreichen Veröffentlichungen und Veranstaltungen in den Jahren 2015 bis 2017 wird sich die Stiftung dem Thema kontinuierlich widmen, um die Gute Gesellschaft zukunftsfähig zu machen.

Weitere Informationen zum Projekt
erhalten Sie hier:

www.fes-2017plus.de